

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886846 ppbn
Telefax: (0228) 9 15 20-12

Inhalt

Christel Hanewinkel MdB zur Sinngebung des Tages der deutschen Einheit: Immer wieder prüfen, ob der Weg stimmt.

Seite 1

Dr. Gerhard Schmid MdEP weist die Vorschläge der CSU für eine EG-Reform zurück: Zwergenreform macht die Gemeinschaft nicht besser.

Seite 4

Dr. Klaus Köbler MdB analysiert die Situation der Volksrepublik China im 44. Jahr ihres Bestehens: Die Zahl der Reichen steigt, die vielen Armen werden noch ärmer.

Seite 5

48. Jahrgang / 188

1. Oktober 1993

Immer wieder prüfen, ob der Weg stimmt Gedanken zum Tag der deutschen Einheit

Von Christel Hanewinkel MdB

Der 3. Oktober 1990 hat das Leben der Menschen im Osten Deutschlands schlagartig verändert.

Sie können von heute auf morgen,

- Reisen, wohin sie wollen
- arbeitslos werden
- selbst entscheiden, ob sie aufs Gymnasium gehen
- neue deutsche Vokabeln lernen wie: BSHG, Beitragsbemessungsgrenze, Subsidiarität, Alteigentümer, Nullwachstum
- den alten Paragraph 218 für sich neu entdecken
- mit Westgeld Klopapier und Zahnpasta bezahlen
- Rechtsstaatlichkeit erfahren
- nicht mehr Schlange stehen, wenn es Bananen gibt
- in ihre Stasi-Akte Einsicht nehmen
- sofort ein Auto kaufen
- freiwillig an der Jugendweihe teilnehmen
- statt fünf M 25 DM für eine Theaterkarte bezahlen
- um ihre Lohnangleichung kämpfen und streiken,...

Wenige Alltäglichkeiten aus dem Leben Ostdeutscher, die im Vergleich zu 40 Jahren DDR anders geworden sind.

Ich bin gebeten worden, aus meiner persönlichen Erfahrung, meiner Sichtweise und Wertung eine Bilanz der deutschen Vereinigung zu ziehen und einen Ausblick auf die Zukunft zu geben. Ich tue das als eine, die 40 Jahre in der DDR gelebt, gelebt und gestritten hat, als eine, die die SPD im Oktober 1989 in Halle mitgegründet hat, als eine, die ihre Hoffnungen in sozial-demokratische Praxis und Visionen setzt, und als eine, die erfahren hat wie notwendig es ist, penetrant zu sein, und daß ich das nur sein konnte, wenn andere zu mir stehen. Das letzte gilt heute genauso wie zu DDA-Zeiten.

Nach 2 1/2 Jahren Bilanz zu ziehen ist schwer und leicht zugleich. Schwer, weil es mehr Problemanzeigen geben wird als Positives, leicht, weil ich es für äußerst wichtig ansehe, immer wieder innezuhalten und zu prüfen, ob der Weg, die Richtung stimmt, und sich darüber mit anderen, die mit auf dem Weg sind, abzustimmen. Ich hoffe, daß dieser Artikel dem Dialog, der Auseinandersetzung und Abstimmung dient.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217, 53113 Bonn
Postfach 12 0408, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kennzeichen 0100/02
für den öffentlichen Nachrichtendienst
Rechtliche-Politik



Knapp vier Jahre sind seit dem Abbruch der Grenzen und dem Umbruch in den ostdeutschen Ländern vergangen. Der Einheitsjubiläum war groß und berechtigt, hat aber auch hohe Erwartungen aufgebaut, die Stück für Stück enttäuscht wurden und bei kühler Betrachtungsweise schon vor drei Jahren nicht zu halten waren.

Ich frage mich heute, ist das geeinte Deutschland in guter Verfassung? Ich frage mich das nicht nur im Blick auf die Arbeit der gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat, und die wenigen Ergebnisse, die die Arbeit der Kommission im letzten Jahr gebracht hat. Ich frage im Blick auf die Verfaßtheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes

- im Blick auf die Werte, die unser Zusammenleben bestimmen
- im Blick auf die Verunsicherungen, vor allem bei Jugendlichen
- im Blick auf die erschreckende Zahl von Arbeitslosen
- im Blick auf die wachsende Gruppe von Menschen, die in Armut in diesem Wohlstandsstaat leben
- im Blick auf die Situation der Frauen
- im Blick auf die alleinerziehende Mütter, von denen in den neuen Ländern mehr als 50 % Sozialhilfeempfängerinnen sind
- im Blick auf die Ausländerinnen und Ausländer, die sich vor Angst kaum noch auf die Straße trauen
- im Blick auf die Inhalte unserer Bildung an den Schulen
- im Blick auf die neue Rolle Deutschlands in der Welt- im Blick auf Parteienstreitigkeiten und Politikverdrossenheit und Verweigerung von Wählerinnen und Wählern - im Blick auf die, die die Gewalt zu Ihrer Handlungsalternative gemacht haben,
- im Blick auf die vielen, die mit Lichterketten und Aktionen Zeichen setzen und setzen,
- im Blick auf die, die sich trotz allem engagieren, statt zu resignieren.

Die Entwicklung in Deutschland läßt sich in bestimmten Bereichen getrennt nach Ost und West erfassen, bei genauerem Hinsehen wird aber deutlich, daß es immer Probleme sind, die wir gemeinsam haben. An zwei Beispielen möchte ich das deutlich machen.

1. Situation der Frauen in den neuen Ländern.

Die Frau war nach der Verfassung und nach den Gesetzen der DDR gleichberechtigt. In der Praxis bedeutet das u.a. 90 Prozent Erwerbstätigkeit plus flankierende sozialpolitische Maßnahmen, wie z.B. Kinderbetreuungseinrichtungen; Praxis war aber auch, daß Frau in leitenden Positionen von Wirtschaft, Politik, Kirche, Wissenschaft kaum oder nicht vertreten war.

Seit dem 3.10.1990 wird viel über Gleichberechtigung und Gleichstellung geredet - aber die konkreten Erfahrungen der Frauen sind Ausgrenzung durch schnelleren Verlust des Arbeitsplatzes, Leben von Sozialhilfe bei Alleinerziehenden; kaum Chancen auf Neueinstellung, Einschnitte in die gewohnten familienpolitischen Maßnahmen, Paragraph 218 und Paragraph 219 und das sprachlos machende Urteil des Bundesverfassungsgerichtes.

Das alles sind Erfahrungen, die Frauen in ihrer Würde verletzen, ihren Leistungswillen und ihre Fähigkeiten vor allem ihre Andersartigkeit gegenüber den Männern entwerten. Das bedeutet für viele Frauen einen erheblichen Identitätsverlust, der sich darin zuspitzt, daß mehr und mehr Frauen sich männlichen Prinzipien anpassen - nämlich mobil und auf dem Arbeitsmarkt attraktiv zu sein - sie lassen sich sterilisieren. Denn als Frau erlebt sie sich als weniger wertvoll.

Als Frau, Theologin und SPD-Politikerin frage ich, was das in Zukunft für das Miteinander von Männern, Frauen und Kindern in unserer Gesellschaft bedeutet?

Und ich frage nach dem geltenden Grundgesetz. In der Präambel ist formuliert: "Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen". Im ersten Buch der hebräischen Bibel steht: "Gott schuf den Menschen ihm zum Bilde, zum Bild Gottes schuf er ihn. Und er schuf sie

als Mann und Frau". das heißt für mich, daß jede Diskriminierung und Verletzung der Würde von Frauen nicht nur eine Diskriminierung dieser Frau und damit grundgesetzwidrig ist, sondern auch eine Diskriminierung und eine Verletzung der Würde Gottes darstellt. Dies gilt im Osten und im Westen unseres Landes und darüberhinaus.

2. Ein Satz der uns spaltet ist der Grundsatz "Rückgabe vor Entschädigung": Die Wirkung dieser drei Worte ist verheerend. Sie stellen nicht nur das größte Investitionshindernis dar, sondern sie reißen Gräben auf zwischen Menschen, sie verhindern Annäherung und Zusammenwachsen und gemeinsames Arbeiten.

Ansprüche von Alleigentümern zählen mehr, als Jahrzehntelanges Kümmern und Sorgen. Der Eindruck entsteht, daß Eigentum vor Gerechtigkeit, und Anwälte vor Recht gehen. Dieser Grundsatz, inzwischen von vielen Verantwortlichen als falsche Entscheidung erkannt, wird uns noch jahrelang beschäftigen, ärgern, Verständigung und Zusammenarbeit erschweren und manchen "Ossi" zur Verzweiflung bringen. Dieser Grundsatz ist ein Beispiel dafür, daß die Politiker der regierenden Parteien offenbar nicht in der Lage sind politische Fehlentscheidungen rückgängig zu machen und sich als Irrrende zu akzeptieren.

Weitere Beispiele könnte ich aufzeigen, die deutlich machen, was uns trennt in der Einheit - zum Beispiel die Trauhandpolitik, die Nichtinvestitionen im Osten, die Probleme vieler Berufsgruppen, anerkannt zu werden, die Schwierigkeiten mit der Rentenüberleitung, die große Gruppe der Menschen im Vorruhestand... und immer wieder die Erfahrung, daß Instrumentarien, die im Westen entwickelt wurden und in der entsprechenden Situation gestimmt haben, im Osten nicht unbedingt greifen.

Ist der Weststandard verantwortbar?

Einen Auftrag, den die Politik seit der Einheit hat, heißt: Gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West schaffen. Für mich ist das ein sehr fraglicher Anspruch. Alle gehen davon aus, daß damit die Anpassung und Erhöhung des Lebensstandards Ost an den Lebensstandard West gemeint ist. Ist das tatsächlich eine erstrebenswerte Orientierung beziehungsweise ist dieser Standard verantwortbar? Sehe ich über die deutschen beziehungsweise europäischen Grenzen hinaus, dann ist die Aussage beziehungsweise Forderung nicht zu akzeptieren. Akzeptieren kann und will ich die freiheitlich demokratische Grundordnung und die sich daraus ergebenden Freiheiten und Verantwortlichkeiten. Das heißt dann aber auch, deutlich zu machen, daß der Wohlstand in Deutschland nicht nur ein Produkt des Fleißes und des Engagements der Deutschen ist. Unser Wohlstand ist auch eine Frage der Nutznießung Deutschlands am ungerechten Welthandel, des Verdienens an Rüstungsexporten, der Ausbeutung der Einen Welt, der ungezügelter Verbrauch von Rohstoffen und des unbedachten Umgangs mit der Natur.

Ausblick in die Zukunft heißt dann für mich auch Rückblick.

Rückblick auf die drängenden Fragen des konziliaren Prozesses für "Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung". Rückblick auf Themen und Fragestellungen die nicht nur nicht beantwortet, sondern in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt worden sind.

Wichtige Punkte für die Zukunft sind: Die Rolle des geeinten Deutschland im ausgehenden 20. Jahrhundert, das nicht nur ein Jahrhundert der Entdeckungen und des Fortschritts ist, sondern auch des Jahrhunderts der Flüchtlinge und der ökologischen Katastrophen. In diesen Bereichen ist die Regierungspolitik von CDU/CSU und FDP dabei nur auf Besitzstandswahrung zu achten, statt zu einer weltweiten Neuverteilung zu kommen. Nötig wäre das Ernstnehmen der "modernen Völkerwanderung", die Gewalt, das Elend, die ungeheuren Katastrophen für Natur und Umwelt, die Menschen zur Flucht bringen. Das Flüchtlingsproblem ist nicht zu lösen mit veränderten Asyl- und Ausländergesetzen. Es ist nur gemeinsam weltweit zu lösen, ausgehend vom reichen Norden dieser Welt. Dabei könnte die deutsche Politik eine Vorreiterrolle einnehmen, zum Beispiel in der Einberufung einer, der KSZE vergleichbaren, Konferenz für Flüchtlings- und Wanderungsursachen. Aber nicht um ganz Europa abzuschotten, sondern um Fruchtursachen zu bekämpfen. Das hätte eine neue deutsche Entwicklungspolitik (nicht Hilfe) zur Folge.

Am Ende dieses Jahrhunderts sind ein neues Denken und Handeln gefordert. Die Frage an die Frauen und Männer in der deutschen Politik ist, welche Werte und Normen die Leitlinien für ihre Entscheidungen sind. Sind es christliche, soziale und an der Würde des Menschen orientierte, wie sie in Parteinamen und im Grundgesetz festgeschrieben sind? Oder bestimmen nur die Zauberworte "Markt" * Wachstums" "Eigentum" die Leitlinien von Politik. Um auf und mit der Einen Welt weiterleben zu können, sind Über-Lebensqualitäten gefragt. Dazu gehören Teilen, Teilhabe und Anteilnahme. Das sind nicht nur humanistische und christliche Kategorien, für mich sind es zutiefst politische. Die Politik im Europa des ausgehenden 20. Jahrhunderts muß diese Kategorien übernehmen, um verantwortlich handlungsfähig zu werden.

Zwischen Ost und West und Nord und Süd wird es noch viele Probleme geben, die den konkreten Einzelnen auch schmerzen, und es wird noch dauern bis alles zusammengewachsen ist - manches davon wird krumm zusammenwachsen. Es liegt an uns, sowohl die Aufgabe als auch das Krumme anzunehmen.

(-/1. Oktober 1993/rs/fr)

Zwergenreform macht EG nicht besser

Die Vorschläge der CSU für eine Reform der EG sind unzureichend

**Von Dr. Gerhard Schmid MdEP
Stellvertretender Vorsitzender der Bayern-SPD
Vorsitzender der SPD-Europa-Abgeordneten**

Die Zwergenreform, die die CSU der EG verschreiben will, ist mehr von Angst vor Stimmverlusten nach rechts als von Entschlossenheit und Sachverstand geprägt. Die CSU greift zu spät Vorschläge auf, die von der SPD bereits vor dem Maastricht-Vertrag und für diesen eingebracht wurden. Eine klare Aufgabentrennung, wenige aber dafür eindeutige Zuständigkeiten der EG, die Umgestaltung der EG-Kommission, mehr Demokratie und Transparenz sind uralte sozialdemokratische Forderungen. Sie waren bei der Verhandlung des Maastrichtvertrages nicht durchsetzbar, weil der Bundesfinanzminister und CSU-Vorsitzende Theo Waigel das Faustpfand der D-Mark beim Währungsteil schon aus der Hand gegeben hatte, bevor der politische Teil abschließend behandelt wurde. Für diesen groben Anfängerfehler tragen Bundeskanzler Helmut Kohl, der ja auch CDU-Vorsitzender ist, und sein Finanzminister, der CSU-Vorsitzende, allein die Verantwortung.

Eine echte EG-Reform muß mindestens folgende Forderungen einlösen:

- o Die Sitzungen der EG-Gesetzgebungsorgane müssen grundsätzlich öffentlich sein. Während dies für das Europäische Parlament stets gilt, tagt die zweite Kammer, der EG-Ministerrat meist geheim. An dieser vordemokratischen Verhaltensweise beteiligen sich bisher ohne Widerspruch auch die CSU-Minister der deutschen Regierung.
- o Über die Verwendung der Steuergelder in der EG muß in Zukunft allein die gewählte Volksvertretung entscheiden. Denn nur so hat der Bürger wirklich Einfluß darauf, was mit seinen Steuergeldern tatsächlich geschieht. Die von der CSU mitgetragene Bundesregierung bekämpft diesen Plan.
- o Das Handeln der EG wird dann nachvollziehbar, wenn sie selbst die Verantwortung für Entscheidungen übernehmen muß. Bisher sind die Verantwortlichkeiten verwischt, weil bei fast jeder EG-Maßnahme sogenannte Verwaltungsausschüsse eingerichtet werden, in denen nationale Beamte dann den Krümmungsradius der Gurke im Binnenmarkt bis ins Detail regeln. Diese Ausschüsse müssen abgeschafft werden, sie verschwenden nur Zeit und Steuergelder. Die CSU will sie behalten.

- o Es muß künftig unterbunden werden, daß bei der nationalen Umsetzung von EG-Recht zusätzliche Schikanen dazu erfunden werden dürfen. Wenn aufgrund der gleichen EG-Richtlinie die Bauern in Frankreich eine Seite und in Bayern dreißig (!) Seiten Formulare ausfüllen müssen, um die Mutterkuhprämie zu erhalten, dann galoppiert der weiß-blaue Amtschimmel.

(-/1. Oktober 1993/ru/s/fr)

Die Volksrepublik China in ihrem 44. Jahr **Die Zahl der Reichen steigt, die vielen Armen werden noch ärmer**

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Die Volksrepublik China ist auch im 44. Jahr ihres Bestehens ein spät-kommunistisches Regime. Demokratische Strukturen gibt es nicht, auch nicht in Ansätzen. Politischer Einsatz und Meinungsäußerungen für eine Demokratisierung Chinas sind strengsten verboten und werden verfolgt. Jede Form der politischen Kritik wird massiv unterdrückt. Das chinesische Volk ist nach wie vor eine von der KP Chinas gleichgeschaltete Gesellschaft. Tausende sitzen aus politischen Gründen im Gefängnis, Hunderttausende werden zur Zwangsarbeit gezwungen.

Die politische Führung Chinas begründet ihre unverändert totalitäre Linie damit, daß zuerst die bisherige kommunistische Planwirtschaft in eine "sozialistische" Marktwirtschaft, das ist das neue wirtschaftspolitische Credo der KP Chinas, überführt werden müsse, um für die Chinesen einen besseren Lebensstandard zu schaffen. Demokratisierung würde, und das sagt die KP Chinas ganz offen, diesem wirtschaftspolitischen Ziel im Wege stehen. Die chinesische Führung verwelst dabei auf die angeblich negativen Erfahrungen in den ehemaligen kommunistischen Ländern Osteuropas und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, in denen ihrer Auffassung nach die zuerst erfolgte politische Demokratisierung den Übergang zur Marktwirtschaft 'chaotisiert' habe.

Hauptmotiv für das Ziel der Verbesserung des Lebensstandards ist, daß die chinesische Kommunistische Partei aus den Erfahrungen der untergegangenen kommunistischen Sowjetunion nur zu genau weiß, daß ihre politische Zukunft, einziger Machtfaktor Chinas zu bleiben, und das will sie, davon abhängt, daß sie den Lebensstandard des Volkes verbessert. Aber die KP Chinas hat nicht nur die Absage an jede Form der Demokratisierung zu verantworten. Auch das einverlebte Tibet ist nach wie vor ein besetztes und auch offensichtlich ausgebeutetes Land. Zahlreiche Tibeter, einschließlich ihres geistlichen Oberhauptes, leben im Exil; Verständigungsversuche ziehen sich unnötig in die Länge.

Besetztes Gebiet ist auch die Provinz Sinkiang-Uigur, in der die ethnische Minderheit der turkstämmigen Uiguren lebt. Die Uiguren leiden unter den Folgen der Atomtests, die die chinesische Regierung ohne Rücksicht auf die umwohnende Bevölkerung in ihrem Atomwaffentestgebiet bei Lop Nor in Sinkiang-Uigur durchführen läßt. Nach vorliegenden Informationen der US-Satellitenaufklärung erfolgen die nächsten Atomtests in unmittelbarer Zukunft. Die Bundesregierung sollte wie die USA die chinesische Regierung auffordern, das bestehende Atomtest-Moratorium unbedingt einzuhalten und ihre weiteren unmittelbar bevorstehenden Atomtest abzusagen.

Die bisherige sogenannte "Öffnung" des Landes für ausländisches Kapital und Investoren hat die Zahl der Reichen sicher wesentlich erhöht, aber die große weit überwiegende Zahl der Armen noch ärmer gemacht. In der 1992 neu proklamierten "sozialistischen" Marktwirtschaft feiert der Manchester-Frühkapitalismus fröhliche Urstände. Ohne gleichzeitigen Aufbau eines Sozialsystems entwickelt sich eine Ellbogen-Gesellschaft, in der nur das Geschäft und das Geld zählt. Inflation, Verteuerung und neue Arbeitslosigkeit verschärfen die Situation des Durchschnitts-Chinesen.

Während es dem sozialistischen China bislang immerhin gelungen war, und dies war ein Erfolg, über eine Milliarde Menschen insgesamt gesehen zu ernähren und zu versorgen und ein -

sicher nur geringes - Einkommen zu gewährleisten, sind allein in diesem Jahr über 100 Millionen (!) Bauern in die kapitalistisch boomenden Städte an der Ostküste Chinas gezogen, um Arbeit zu finden, weil sie auf ihrer Scholle nicht mehr leben können. In den Städten werden sie zum neuen Arbeiterproletariat, entwurzelt, unterbezahlt, am Rande der Städte und der Gesellschaft lebend, die Familien zerstört. Und das ist erst der Anfang. Hier entwickelt sich ein politischer Sprengsatz noch ungeahnter Größenordnung.

Die 900 Millionen Bauern Chinas, also die ganz überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung, fühlt sich zu Recht von der KP Chinas im Stich gelassen. Vom wirtschaftlichen Boom in den Städten haben sie wenig. Im Gegenteil, die Preise für ihren Bedarf und insbesondere Konsumartikel werden für sie allmählich unbezahlbar. Andererseits bekommen sie für ihre Produkte staatlich festgelegte niedrige Preise, die oftmals zunächst nur mit Gläubiger-Gutscheinen bezahlt werden, die von den Bezirksverwaltungen einzulösen sind. Nur die Bezirksverwaltungen verwenden das ihnen für die Einlösung der Gutscheine von der Zentralregierung zugewiesene Geld nicht oder nur teilweise für die Bezahlung der Bauern, sondern korruptiv für Zwecke ihres Gutdünkens. Die Zentralgewalt ist hierbei weitgehend machtlos.

Korruption ist weit verbreitet

Korruption im Land, bei den politischen Funktionären ist weit verbreitet und nimmt dramatisch zu. Die zentrale Staatsgewalt endet oftmals an den Machtgrenzen der neuen Landlords und nimmt dramatisch ab. Bezirkschefs richten sich immer weniger nach zentralen Anweisungen. Normalerweise spricht man in solchen Fällen von anarchistischen Situationen.

Die chinesische Gesellschaft ist weitgehend entpolitisiert. Zur KP Chinas, bis zur Kulturrevolution von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung stark auch emotional unterstützt, hat der Durchschnitts-Chinese keine Beziehung mehr, geschweige denn ein Gefühl des Vertrauens.

Wer also von China von einem politisch mächtigen Staat spricht, nachdem man sich sehr richten müßte, schätzt die Situation politisch falsch ein. China ist quantitativ von seiner Bevölkerungszahl und seiner Landgröße her gesehen ein Riese. Seine eigenen Probleme entsprechen aber dieser Größenordnung. Diese Probleme sind so groß und werden Dimensionen bekommen, die es der KP China nicht erlauben, irgendeine außenpolitische Großmachtspolitik zu betreiben. Die deutliche und offensichtlich erfolgreiche Haltung der USA gegen Chemiewaffen-exporte Chinas an Pakistan bestätigen das.

Daran ändert nichts die sehr geschickt geführte Außenpolitik Chinas, die oftmals erfolgreich den Eindruck erweckt, Großmachtpolitik betreiben zu können. Das sollte die deutsche Außenpolitik endlich zur Kenntnis nehmen. Wenn die deutsche Außenpolitik von Ansätzen zur Verbesserung der Menschenrechts-Situation in China spricht, dann täuscht sie sich oder läßt sich täuschen. Die Führung Chinas macht sich das natürliche Talent der Chinesen, andere für ihre Auffassungen zugänglich zu machen, teilweise mit großem Erfolg zu eigen.

Die deutsche Menschenrechtspolitik gegenüber der Volksrepublik China sollte sich stärker abstimmen mit der amerikanischen, der englischen und der französischen. Auch sollte es in Zukunft ausgeschlossen sein, daß die Volksrepublik China die westlichen Demokratien gegeneinander auszuspielen versucht. Auf der 49. Menschenrechtskonferenz in Genf 1994 sollte das Thema Menschenrechts-Verletzungen in China auch von deutscher Seite aktiv betrieben werden. Eine Verurteilung Chinas sollte zur Diskussion stehen.

China ist also kein politischer Riese und ob er einmal ein wirtschaftlicher Riese werden wird, ist heute noch nicht abzusehen. Das Auftragsvolumen mit China bewegt sich zur Zeit in einer Größenordnung wie mit einem kleinen europäischen Land, zum Beispiel wie mit Dänemark. Außerdem wird immer wieder vergessen, daß China Entwicklungshilfe aus Deutschland erhält. China also immer noch nur ein Entwicklungsland?

Es gilt, China in seinen politischen und wirtschaftlichen Dimensionen richtig einzuschätzen. Das wäre für Deutschland und China von beiderseitigem Vorteil.

(-/1. Oktober 1993/rs/fr)
